

Volkszeitung

Nr. 139. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich früh. An den Sonntagen wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung“ beigegeben. **Abonnementspreis:** monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Hof, Unte.
Tel. 38-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6.
Privattelefon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die nebengefaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellenangebote 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnachrichten und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige angegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Alexandrow:** Winzenty Kboner, Parzejewska 16; **Bialystok:** B. Schwalbe, Stokozna 43; **Konstantynow:** W. Modzew, Długa 70; **Dzorkow:** Amalie Richter, Neustadt 505; **Rabianice:** Julius Walta, Stenkwieja 8; **Lomazow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zbuzka-Bola:** Berthold Kuntig, Złota 43; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kiliańskiego 13; **Zyrardow:** Otto Schmidt, Hslego 20.

Briand geht nach rechts.

Am 1. Juni waren es zwei Jahre her, daß sich die Abgeordneten der Linken versammelten, um unter dem Vorsitz Herriots, Painlevés und Blums die Dimission des Präsidenten der Republik, Alexander Millerand, zu erzwingen. Nichts hätte die Macht und die Kampflust der Linken der öffentlichen Meinung besser und wirkungsvoller zum Bewußtsein bringen können, als die Vertreibung Millerands, der sich in die vorderste Front des Nationalen Blocks gestellt hatte, und dessen Name zum Symbol für die Herrschaft der Rechten geworden war.

Es war eine bittere Enttäuschung als in der vorletzten Kammer Sitzung die zwei Jahre zuvor so schwer geschlagene Rechte sich jubelnd hinter eine Regierung stellte, deren Präsident Briand im Jahre 1924 zu den Tatkräftigsten unter den Bekämpfern Millerands gehörte, und deren Kriegsminister Painlevé damals als Präsidentenchaftskandidat den wildesten Haß des Nationalen Blocks zu fühlen bekam. Möchte auch der Jubel der Rechten nicht so aus tiefstem Innern kommen, möchte er vor allem der unbeherrschte Ausdruck der Schadenfreude über den Bruch des Linkskartells, über die temperamentvolle Art sein, in der Briand den unentwaffneten, zögernden, uneinigen Radikalen in seiner Rede brillante Hiebe versetzte, möchten sich auch im Rahmen des Nationalen Blocks die Besonnensten fragen, ob der Sieg von langer Dauer sein würde — die entscheidende Tatsache der Sitzung vom 1. Juni bleibt jedenfalls, daß der sogenannte Nationale Block, die äußerste Rechte diesmal miteingeschlossen, für die Regierung stimmte, während nicht nur die 97 Sozialisten und die 23 Kommunisten gegen sie waren, sondern sich auch etwa 90 Radikale der Stimme enthielten und nur etwa 40 mit der Rechten marschierten, so daß Renaudel bei der Verkündung des Resultats unter dem Beifall der Linken feststellen konnte, daß sich unter den 313 Abgeordneten, die der Regierung gefolgt waren, nicht weniger als zweihundert Mitglieder der Rechten befanden.

Unter normalen Umständen hätte diese Zusammensetzung der Mehrheit genügt, um eine sogenannte Regierung der Linken zu veranlassen, unverzüglich ihre Dimission zu geben. Aber seit dem letzten Donnerstag wußte man, daß Briand entschlossen war, sich angesichts der Finanzlage nicht mehr um die Zusammensetzung der Mehrheit zu kümmern, sondern nur zu verlangen, daß die Mehrheit durch ihre Stärke ihm die Gewähr biete, sich noch eine Zeitlang am Ruder halten zu können, und es ist kein Zweifel, daß vom reinen Zahlenstandpunkt aus gesehen, eine Mehrheit von 313 eine feste Basis bildet. Ganz anders erscheinen die Dinge, wenn man sie politisch betrachtet. Würde die Mehrheit, die schon einige Tage zuvor der Regierung ermöglicht hatte, über die Linke zu triumphieren, von Dauer werden, was noch nicht sicher ist, so wäre ohne neuen Wahlkampf im Schoße der Kammer ein Wandel vollzogen,

Die neue Regierung.

Das Parlament ist gänzlich ausgeschaltet. — An das Ruder gelangen apolitische Leute.

(Von unserem Warschauer D-Berichterstatter)

Premierminister Bartel kommt erst heute aus Lemberg zurück. Inzwischen sind neue Regierungsmänner aufgetaucht. Alle sind sie apolitisch, d. h. mit keiner der das Parlament vertretenden Partei verwandt, abgesehen von Dr. Bartel, der zum Arbeitsklub, früher zur „Wyzwolenie“, gehört. Das polnische Ober- und Unterhaus wird also weiterhin ignoriert. Pilsudski und seine Leute lassen es dem Parlament fühlen, daß dasselbe durch seine Unfähigkeit von jeglichem Einfluß auf die Regierungsgestaltung ausgeschlossen wird. Wie weit dieser Zustand aufrecht erhalten werden kann, läßt sich heute noch nicht bestimmen, allenfalls aber sind die im Parlament vertretenen Parteien entschlossen, dieser Untergrabung des parlamentarischen Gedankens entgegenzutreten.

Vorläufig aber wird die Regierung „gemacht“, ohne das Parlament zu fragen.

Innenminister soll Modzianowski bleiben, ebenso Dr. Makowski — Justizminister. Der gegenwärtige Handelsminister Gliwic wird als zukünftiger Finanzminister genannt. Sein Aufenthalt in Amerika, besonders angesichts des bevorstehenden Besuches des amerikanischen Prof. Kemmerer sollen die Argumente sein, die für seine Ernennung sprechen. An Stelle

Gliwic wird Eugenjusz Kwiatkowski genannt, ein bisheriger Mitarbeiter des Staatspräsidenten Moscicki. Im Außenministerium möchte man gern den Grafen Strzynski sehen, doch scheint dieser kein Freund der Boykottierung des Parlaments zu sein. Daher wird wahrscheinlich Jaleski das Portefeuille behalten. Die Bodenreform soll Sewerny Lutkiewicz übernehmen, das Arbeitsministerium Boroniewski. Ein Kandidat für das Kultusministerium ist noch nicht gefunden, obwohl hier eine Änderung erfolgen wird. Im Allgemeinen ist es klar, daß derjenige, der über die neue Regierung entscheiden wird, Pilsudski ist. Nur seine Leute werden das Kabinett bilden.

Wie es mit dem Vertrauensvotum vor dem Sejm aussehen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls sind die Sozialisten nicht gewillt, Pilsudski blindlings zu folgen, zumal er sie, wie alle anderen Parlamentarier, gänzlich an der Seite liegen läßt. Langsam bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß Pilsudski den Massen nicht das gegeben hat, was sie erwarteten. Eine nennenswerte Aktion kann aber nur eine vereinigte Linke unternehmen. Um diese Vereinigung zu schaffen, ist heute die Bemühung zwar nicht der Linksparteien, aber einzelner Individualitäten in derselben.

der nach einiger Zeit auch in der Zusammensetzung der Regierung zum Ausdruck kommen würde. Aber die Hoffnung sowohl Briands wie auch Painlevés ist wohl, die Partei Herriots wieder umzustimmen, und bei der tiefen Zerküftung, die gegenwärtig in den Reihen der Radikalen herrscht, erscheint trotz der gegen die Regierung gerichteten Enthaltung, in die sich die große Mehrheit der Radikalen geflüchtet hat, diese Möglichkeit nicht von vornherein ausgeschlossen.

Die Gesamtlage ist ungewiß eben in dem Maße, in dem die zukünftige Haltung der radikalen Partei unsicher ist. Sie macht gegenwärtig eine schwere Krise durch. Wird Herriot stärkere Lust als bisher zeigen, selbst wieder die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen? Wird es der rechte Flügel der Radikalen um Franklin-Bouillon sein, die unter ständiger Berufung auf die Weigerung der Sozialisten, an der Regierung teilzunehmen, ein Kabinett der Heiligen Union, sei es unter der Leitung Herriots, sei es unter der Führung Poincarés, wollen, die innerhalb ihrer Partei den Sieg davontragen? Sollte der derzeitige Generalgouverneur von Marokko, Steeg, Aussicht haben, noch vor den Ferien ein neues Linksministerium bilden zu können, wie es viele glauben? Oder wird sich Briand entschließen, die Mehrheit vom 1. Juni enger zusammenzuschweißen, als sie es gegenwärtig

ist, und werden die Linksparteien, denen die Zügel entglitten sind, sich murrend, aber ohne großen Widerstand, in ihr Schicksal fügen?

Sejmarschall Rataj will dimissionieren.

Die Nichtbeteiligung der Abgeordneten der D. S. A. P. und der P. P. S. an der Nationalversammlung im Schloß, in der der Staatspräsident Moscicki den Eid geleistet hat, war ein Protest gegen die Mißachtung des Sejms.

Wie nun jetzt bekannt geworden ist, forderte der Kriegsminister, Marschall Pilsudski, die Vereidigung des Staatspräsidenten auf dem Schlosse, gegen den Willen des Marschalls Rataj, der die Eidesleistung im Sejm forderte, sich aber nicht durchsetzen konnte.

Angesichts dieser Ignorierung des Sejms, will Rataj dimissionieren. Es heißt, daß er diese Ignorierung mit seiner Person nicht decken will.

Bninski auf dem Kriegspfade.

Bninski wollte einige Starosten der Lodzer Wojewodschaft annectieren.

Im Bureau der Sejmberichterstattung ging von Hand zu Hand die Abschrift eines Schreibens der Kosener Wojewodschaft vom 15. Mai, das an die Starosten Kalisz, Konin, Slupca und Turon der Lodzer Wojewodschaft gerichtet war. In dem Schreiben werden die oben erwähnten Starosten aufgefodert, sich Posen anzuschließen, da in Warschau eine Revolte ausgebrochen sei. In Lodz herrsche die Straße, so daß die Wojewodschaft die Tätigkeit umstellen mußte. Der Brief schließt mit dem Hinweis, daß diese Starosten

zu dem Militärbereich des V. Armeekorps, Posen, gehören und nicht zu dem IV. in Lodz.

Zum Ausnahmezustand in Posen.

Als Dr. Moscicki zum Staatspräsidenten gewählt worden war, hob sein Gegenkandidat, Wojewode Bninski, den Ausnahmezustand in der Wojewodschaft Posen auf.

Was die Regierung zu diesem Schritt bewogen hat, steht nicht fest. Schwer ist jedoch zu glauben, was Ministerpräsident Bartel in einer Unterredung mit Pressevertretern gesagt hat.

Die morgige Senatsitzung.

Marshall Tompeczynski hat den ersten parlamentarischen Vorstoß gemacht. Er will die vom Sejm verabschiedeten Gesetze durchberaten lassen.

Vor der Erlassung einer Amnestie.

Der Staatspräsident hat die Absicht, aus Anlaß der Amtsübernahme, eine Amnestie für kriminelle, politische und Pressevergehen zu erlassen.

Der Artikel 47 der Verfassung besagt jedoch: „Die Amnestie kann nur auf gesetzlichem Wege erlassen werden.“

Aus diesem Grunde muß das Justizministerium ein Amnestiegesetzprojekt ausarbeiten, welches darauf vom Sejm und Senat angenommen werden muß.

Die neue Residenz des Staatspräsidenten.

Der neue Staatspräsident Moscicki wird voraussichtlich im Warschauer Königsschloß in den sog. Gemächern des Kammerers Wohnung nehmen.

Zu russischer Zeit wohnten in diesen Gemächern die Generalgouverneure. Während der deutschen Okkupation war dort die offizielle Wohnung des Generalgouverneurs Beseler.

Der Gesamtkomplex der Kammerergemächer besteht aus 9 Zimmern. In der letzten Zeit dienten sie als Gasträume für den Kardinal-Primas Dalbor und den Kardinal Dubois aus Paris.

Marshall Pilsudski wird im „Palais unter dem Blech“ Wohnung nehmen. Dieses Palais wurde im 18. Jahrhundert von dem Fürsten Lubomirski errichtet.

Das Belvedere-Palais soll in ein Museum umgewandelt werden.

Wojewode Darowski.

Für den Lodzger Wojewoden Ludwig Darowski ist von der Regierung ein anderer Wojewodschafsposten vorgesehen. Wie der Krafauer „Czas“ berichtet, soll Herr Darowski die Krafauer Wojewodschaft übernehmen.

Tagung des Völkerbundes

Gestern wurde in Genf die ordentliche Session des Völkerbundes eröffnet. An größeren Sensationen weist die Tagesordnung keinerlei Punkte auf.

Komitee, welches über die Mitgliedschaft im Rat entscheiden sollte, hat seine Arbeiten nicht beendet, trotzdem jedoch faktisch beschlossen, daß Polen, Spanien und Brasilien vorläufig wenigstens keinen ständigen Sitz erhalten sollen.

Die Bulgaren bitten um eine finanzielle Intervention, um eine internationale Anleihe zu erhalten. Die Ungarn dagegen beantragen die Aufhebung oder Einschränkung der Kontrolle des Völkerbundes über Ungarn.

Chamberlain hat gestern über den Mosulvertrag referiert, wobei die Ratsmitglieder ihre Zufriedenheit über die Beilegung dieses Konflikts ausgedrückt haben.

England gegen Brasilien.

Anleiheverweigerung wegen der Sabotage in Genf.

In den letzten Tagen hat sich in London ein Vorgang abgespielt, der deutlich beweist, wie ernst es der britischen Regierung mit ihrem Wunsche ist, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu sichern.

Internationale Unterstützung der englischen Bergarbeiter.

Das Internationale Bergarbeiterkomitee besprach ausführlich die Streiklage in England.

Einleitend berichtete Hodges über die internationale Solidaritätsaktion zur Unterstützung der englischen Kamraden. Sie hat überall eingeleitet, sowohl in der Form der finanziellen Unterstützung wie durch Unterbindung der Kohleneinfuhr nach England.

Ueber die Streiklage berichtete Smith. Er erklärte, daß bei den britischen Bergarbeitern unverbrüchliche Einigkeit herrsche und feste Entschlossenheit, sich den Verhören der Unternehmer, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken, bis zum Ende zu widersetzen.

Der Vorsitzende der Unternehmer, Williams, hat die Bergarbeiter zu einer Verständigungskommission eingeladen. Die Bergarbeiter werden heute über diese Einladung beraten. Es ist anzunehmen, daß sie die Einladung annehmen.

Frankreich siegt—der Franken fällt.

Der französische Frank hat einen neuerlichen Sturz zu verzeichnen. Der Ministerrat befaßte sich mit der Situation auf dem Devisenmarkt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Die wahren Sieger.

Wofür der Krieg in Marokko geführt wurde.

Der „Daily Herald“ meldet, die französische Banque de Paris et des Pays Bas habe Verhandlungen mit der Firma Mannesmann eröffnet, um einen deutsch-französisch-spanischen Trust zur Ausbeutung der Konzessionen in Spanisch-Marokko zu schaffen.

Eröffnung des litauischen Sejm.

Der dritte litauische Sejm wurde feierlich eröffnet. Nach der Deklaration des Staatspräsidenten wurde unter dem Vorsitz des jüdischen Alterspräsidenten Dr. Finkelstein das neue Präsidium gebildet.

Als Präsident wurde der Volkssozialist Dr. Staugaitis und als Vizepräsident der Sozialdemokrat Ingenieur Rairis gewählt. Die Sozialdemokraten brachten unmittelbar darauf einen Antrag ein, wodurch eine allgemeine Amnestie für politische Gefangene gefordert wird.

Die neue schwedische Regierung.

Gestern wurde eine neue schwedische Regierung gebildet. Das Portefeuille des Premier- und Außenministers übernahm Edmann. Finanzminister wurde Eitel Löfgen.

Eine deutsche Zeitung in Angora.

In Angora (Türkei) wird eine deutsche Zeitung „Türkische Post“ herausgegeben, deren Aufgabe die aktive Propaganda des Imports von deutschen Waren und die Ausfuhr türkischer Produkte ist.

Bombenanschläge eines Kulluf-Klan-Führers.

Die Hüllenmaschine auf dem Hochzeitstisch.

Im Muskegon im Staate Michigan (Vereinigte Staaten) wurde ein entsetzlicher Bombenanschlag verübt. Der Führer des lokalen Kulluf-Klan, ein gewisser Bartlet, lebte im Unfrieden mit dem Gemeindevorstand und Führer der örtlichen Anti-Kulluf-Klan-Organisation, August Kriebach.

Das Attentat erregte im ganzen Staate Michigan ungeheure Erregung. Die Behörden leiteten eine strenge Untersuchung ein, und mit Hilfe der Postbeamten gelang es, den Absender des verhängnisvollen Postpakets in der Person des Kulluf-Klan-Führers Bartlet innerhalb 24 Stunden auszuforschen.

Totales.

Die Rekrutenaushebung.

Stellung der Jahrgänge 1901—1905.

Jahr	Tag der Tagung	Gefestigung
1905	9. Juni	Registriert Nr. 4601—4700
1905	10. Juni	„ „ 4701—4800
1905	11. Juni	„ „ 4801—4900
1905	12. Juni	„ „ 4901—5000
Aushebungskommission Nr. 2, Traugutta 6.		
1905	9. Juni	von 2701—2800
1905	10. Juni	2801—2900
1905	11. Juni	2901—3000

b. Um- arbeiter. stionsarbe stellvertreten Betreter d Cynarsti un Bor sitzenden ferenz zu sich men, doch w Beamten des ständiger U Abordnung ratbeschlus von einer de (Endecja) be behörden zu Mit welcher behörde nur. Die Vertreter daß die Erh malifikationsa der einzige! einer Erhöb klären. Da bürge, daß arbeiten fe ichs befinde die von ihm spähung der seiner Erwid daß es den gen unmögl nehmen. D schwarze Far wo es angele unentschieden e. Kati arbeiter. Auszahlunge die Arbeitsl wird nur ein arbeiter von u. zw. nur Bezit und i dessen ist d verschwinden gung erfolgt nur an die ung est na Aus diesem der Angestel unternehmen Novellistierun so, daß alle weite Poitu zu den Beit fordern. b. Di Im Stadtra der P. P. S gegenwärtige ferent trat d begründete, Koalitionsreg daß die Reg züglich Betä von Fonds Auf die Ma Jemiencti, kommen mu in der Erwa besser werde Auflösung d Abgeordneten P. P. S. ihr abgleich sie erkennung se anstreben m eine lebhaft genommen v aufgefördert, Sejm und C Neuwahlen a gegen eine T nur von ein geleitet werd Anerkennung Wojewoden wahhaftest for von Wit Schluß wird eines als P wie auch geg kurzes auf C o. Ein preise. De eine unange fähigung des Erhöhung ist müßten die s und das Ref C. Ver Gestern verpf

b. Um die Tagelöhne für die Kanalisations-
arbeiter. Im Sinne eines den Vertretern der Kana-

händler festgesetzte neue Preisliste für Mehl und Kolo-
nialwaren. Die Preisliste bestimmt die Preise für

Am Scheinwerfer.
Und wieder Alexandrow, und wieder Pfaffe
Knapki ...

Der katholische Geistliche unserer Nachbarstadt
Alexandrow, Knapki, hat sich wieder ein Stückchen ge-

In Alexandrow ist eine gewisse Tinklow, grie-
chisch-katholisch, gestorben. Die Beerdigung sollte am

e. Katastrophale Benachteiligung der Kopf-
arbeiter. Gestern begannen zum ersten Male die

u. Die Frequenz auf der Straßenbahn im
Mai. Im Mai beförderte die Lodzer Straßenbahn

u. Der Zirkus Baranski in Lodz. Morgen
trifft der Zirkus der Gebrüder Baranski in Lodz ein.

f. Feuer. Im Abfallager der Fabrik Karl Eisert,
Karola-Straße 19, entstand gestern, um 8.15 Uhr früh,

f. Selbstmordversuch. Die in der Przendza-
nianastr. 51 wohnhafte Marianna Ceccecinska nahm in

f. Pseudofabrikanten mit falschen Dollars.
Gestern kamen in die Maschinenfabrik von Perla und

Da es jedoch immer später wurde und die Wei-
sehung irgendwo stattfinden mußte, so wandte man sich

Weiß-amarant oder amarant-weiß?

Die Lodzer Behörden machen bekannt, daß beim
Flaggen der Häuser die Hausbesitzer und Wächter die

h. Die P. P. S. und die Lage in Polen.
Im Stadtratssaale fand eine Sitzung der Mitglieder

f. Das Unglück des Anführers der Balkon-
diebe. Unter den bisher verhafteten Balkondieben ist

f. Unter Streitjünglingen. Die in der Brze-
zinkastraße 80 wohnhafte Stanislaw Gruberska lebte

f. Wie man billig zu einem Pelz gelangt.
Im Februar l. J. kam nach dem Pelzgeschäft von Lud-

Vereine • Veranstaltungen.

Turnverein „Aurora“. Am Sonnabend abend fand
im eigenen Lokale, Kopernikastraße 64, unter dem Vorsitz

o. Eine neuerliche Erhöhung der Papier-
preise. Der erste Juni brachte dem Zeitungswesen

o. Ein neuerlicher Anschlag auf den Staat.
Gestern versprachen die von den Vertretern der Kolonial-

o. Ein neuerlicher Anschlag auf den Staat.
Gestern versprachen die von den Vertretern der Kolonial-

Bortrag im Chr. Commisverein. Diesen Don-
nerstag, den 10. Juni, hält im Vereinslokale Herr

Ausflug des evangelischen Jugendbundes nach
Alexandrow. Wie wir erfahren, wird der Ausflug des

- 4700
-4800
-4900
-5000
-5100
-5200
-5300
-5400

o. Ein neuerlicher Anschlag auf den Staat.
Gestern versprachen die von den Vertretern der Kolonial-

o. Ein neuerlicher Anschlag auf den Staat.
Gestern versprachen die von den Vertretern der Kolonial-

Ausflug des evangelischen Jugendbundes nach
Alexandrow. Wie wir erfahren, wird der Ausflug des

Ausflug des evangelischen Jugendbundes nach
Alexandrow. Wie wir erfahren, wird der Ausflug des

